Inhalt

Prolog **7**

1. Illusion und Distanz **10**
Die Kirchen und die Weimarer Republik 10
Zwischen völkischer Religiosität und Christentum 12
Abweichende Positionen 15

2. Hoffnung und Ernüchterung (1933) **16**
Anknüpfung an christliche Traditionen? 16
Der große Stimmungswechsel 19
Das wahre Gesicht des neuen Regimes 23
Organisatorische Anpassung 25
Das Reichskonkordat 30
Die Deutschen Christen und die Bekennende Kirche 35

3. Gleichschaltung und Widerstand (1934) **40**
Die Schwächung der Landeskirchen 40
Die erste Bekenntnissynode 42
Die Barmer Theologische Erklärung 48
Widerstand in Bayern und Württemberg 53
Die Synode von Dahlem 58

4. Ausgrenzung und Repression (1935–1939) **62**
Im Visier der Machthaber 62
Der Einfluss des Staates wächst 67
Die Spaltung der Bekennenden Kirche 70
Verschärfter Druck 75

5. Krieg und Verfolgung (1939–1945) **81**
Kirchenfeindschaft und Entkonfessionalisierung 81
Bedrängnis und Auszehrung 85

Das Ringen um ein gemeinsames Hirtenwort 89
Staatlich verordneter Mord an unheilbar Kranken 92

6. Judenverfolgung und Shoa 97
Die Kirche reagiert zögerlich 97
Mutige Worte Einzelner 100
Pius XII. und die Judenvernichtung 103

7. Kirche und Widerstand 105
Formen der Auflehnung 105
Der christliche Glaube als Antriebskraft 109

Epilog 111

Zeittafel 120
Literaturhinweise 123
Personenregister 127

Prolog

«Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn», schrieb Adolf Hitler in *Mein Kampf* (Hitler 70). 1941 soll er gesagt haben: «Der Krieg wird sein Ende nehmen und ich werde meine letzte Lebensaufgabe darin sehen, das Kirchenproblem noch zu klären. Erst dann wird die deutsche Nation ganz gesichert sein.» (Jochmann 150, 13.12.1941) In diesen beiden Zitaten aus den frühen und späten Jahren seines Wirkens tritt Hitler als ein Mann hervor, dessen Handeln von pseudoreligiösen Motiven bestimmt war. Den zitierten Sätzen ließen sich zahlreiche weitere gleichen Inhalts zur Seite stellen, weshalb ein fundamentaler Konflikt mit den Kirchen hier geradezu sachnotwendig erscheint. Wie aber verhalten sich Hitlers vielfache Beteuerungen, ein «positives Christentum» als Grundlage des politischen Handelns zu fördern, zu seinen christentumsfeindlichen Äußerungen? Vor allem stellt sich die Frage, welche Bedeutung Hitler und seinen weltanschaulichen Überzeugungen im nationalsozialistischen Herrschaftsgefüge zukommt. In der älteren Forschung war die Rolle Hitlers und seiner «Weltanschauung» (E. Jäckel) als zentral eingeschätzt worden. Karl Dietrich Bracher hat diese Sicht mit Analysen des strukturellen «Neben- und Gegeneinanders der Machtgruppen» im nationalsozialistischen Staat verbunden. Die Ambivalenz von zentralistischer Gleichschaltung und institutionellem Ämterchaos habe keine Schwächung der Führergewalt bedeutet, sondern sei gerade eine entscheidende Voraussetzung für Hitlers «omnipotente Stellung» gewesen (Bracher 42).

Im Zuge eines sozialgeschichtlichen, von kritischer Marxismus-Rezeption mitbestimmten Paradigmenwechsels traten in der Forschung seit den 1960er Jahren dezidiert strukturgeschichtliche Deutungen in den Vordergrund. Der Person Hitlers und erst recht den weltanschaulichen Triebkräften seines Han-

delns wurde hier keine konstitutive Bedeutung für die nationalsozialistische Herrschaft zugesprochen. Gegen die älteren Versuche, die Logik totalitärer Herrschaft zu beschreiben, wurden jetzt der polykratische Charakter und das Kompetenzenwirrwarr der unterschiedlichen Parteigruppierungen und -führer sowie der traditionellen staatlichen Ämter und Instanzen herausgearbeitet.

In jüngerer Zeit ist gegen solche strukturgeschichtlichen Ansätze die Rolle Hitlers und gerade auch seiner Weltanschauung für den Aufstieg, die Herrschaft und den Niedergang des Nationalsozialismus wieder hervorgehoben worden. Zwar grenzen sich die neueren Arbeiten gegen eine enge Hitlerzentrik ab, aber die weltanschaulichen, pseudoreligiösen Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft werden herausgestellt und mit dem klassischen Totalitarismusbegriff verbunden (M. Burleigh). Während dieser bevorzugt die praktischen Elemente der Herrschaftstechnik in den Blick genommen hatte, rücken jetzt ergänzend dazu vor allem mentale und weltanschaulich-religiöse Gesichtspunkte ins Zentrum des Interesses. Ulrich von Hehl urteilt knapp zusammenfassend:

> Über die systematische Indienstnahme aller Massenkommunikation hinaus lässt die Omnipräsenz nationalsozialistischer Parolen in Öffentlichkeit und Alltagswelt auch den totalitären weltanschaulichen Formungsanspruch eines Regimes erkennen, das sich als quasi-religiöse Heilsbewegung verstand. (v. Hehl 30)

Eine solche Charakterisierung muss dem Verhältnis von Nationalsozialismus und Kirchen eine besondere Aufmerksamkeit zuteil werden lassen. So gilt es, die Frage nach der Eigenart der Gleichschaltungsversuche gegenüber den Kirchen im Vergleich mit anderen Bereichen der Gesellschaft zu klären. Zugleich ergibt die Analyse des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Kirchen selbst wiederum Gesichtspunkte für die Beurteilung des religiösen bzw. pseudoreligiösen Charakters des Nationalsozialismus.

Schließlich werfen die Auseinandersetzungen um die Gleich-

schaltung der Kirchen ein besonderes Licht auf die Rolle Hitlers im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaftsausübung. Mehrfach trat der «Führer» in entscheidenden Phasen der Kirchenpolitik in charakteristischer Weise in Erscheinung. So wird eine Darstellung des Themas «Die Kirchen im Dritten Reich» auch die Rolle Hitlers bestimmen müssen bzw. die Relevanz seiner Person und Weltanschauung für die Kirchenpolitik zu erörtern haben. Die Bewertung der Rolle der christlichen Kirchen im Dritten Reich hat sich seit der Nachkriegszeit erheblich gewandelt. Anfangs galten sie als die wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche, die von den Nationalsozialisten nicht gleichgeschaltet bzw. korrumpiert werden konnten. Man sah in ihnen geradezu Horte des Widerstands gegen die nationalsozialistische Ideologie und Herrschaft. Heute hingegen stehen die Defizite kirchlichen Handelns in den Jahren der Diktatur im Vordergrund, und die Dimension der Anpassung erscheint vorherrschend. Die signifikanten Unterschiede in der Bewertung weisen auf die Abhängigkeit der Urteile von Interessen und Zeitströmungen. So stand die frühe Historiographie des «Kirchenkampfes» noch ganz im Bann der Auseinandersetzungen der Jahre 1933 bis 1945. Die grundlegenden Werke wurden von Vertretern des Flügels der Bekennenden Kirche, der für eine strenge Abgrenzung gegen jede Zusammenarbeit mit kompromissbereiten Gruppen in der Kirche eintrat, verfasst. In den fünfziger und sechziger Jahren beriefen die beiden großen Kirchen Kommissionen ein, die sich der Erforschung der Rolle der Kirchen in den Jahren 1933 bis 1945 widmen und insbesondere das einschlägige Quellenmaterial zugänglich machen sollten. Infolgedessen konnten in den siebziger Jahren die ersten umfassenden Darstellungen begonnen werden.

Anfangs wurde der Begriff «Kirchenkampf» allein zur Skizzierung der innerkirchlichen Auseinandersetzungen, die das Auftreten der Deutschen Christen hervorgerufen hatte, verwendet. Später diente er dazu, das Verhältnis der Kirchen zum Dritten Reich insgesamt zu beschreiben, was jedoch seit den achtziger Jahren in Frage gestellt wurde. Denn nur ein kleiner Teil des vielschichtigen Geschehens in den Jahren 1933 bis 1945 könne

als «Kampf» oder als «Widerstand» der Kirchen gegen die nationalsozialistische Herrschaft bezeichnet werden (vgl. Mehlhausen 43 f.). Gleichwohl hat sich der Begriff «Kirchenkampf» als Epochenbezeichnung durchgesetzt, da er die grundsätzlich christentumsfeindliche Ausrichtung der nationalsozialistischen Herrschaft ernst nimmt, unabhängig vom Ausmaß an Anpassung und Kooperationsbereitschaft auf Seiten der Verantwortlichen in den Kirchen (v. Hehl 97).

1. Illusion und Distanz

Die Kirchen und die Weimarer Republik

Die vernichtende Niederlage des Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg und die Entstehung eines republikanisch verfassten, weltanschaulich neutralen Staates im Jahre 1919 bedeuteten für die Kirchen einen tiefen Einschnitt. Da die evangelische Kirche sich dem deutschen Kaiserreich von 1871 aufs Engste verbunden fühlte, trafen sie die Veränderungen härter als die katholische Kirche, die gerade erst einen langjährigen Konflikt mit dem protestantisch-preußisch dominierten Reich hinter sich hatte. Hier konnte man trotz des massiven Antimodernismus und Antiliberalismus die Chancen der neuen Freiheit eher wahrnehmen. Zudem verfügte man mit dem Zentrum über eine Partei, die in der Lage war, in der repräsentativen Demokratie katholische Anliegen zu vertreten. Für die evangelische Kirche bedeutete das Ende der traditionellen Nähe von Thron und Altar den Verlust der umfassenden Sorge der weltlichen Obrigkeit in kirchlichen Angelegenheiten.

Nachdem die Nationalversammlung in Weimar am 31. Juli 1919 eine Verfassung beschlossen hatte, die alles andere als kirchenfeindlich war, begann man sich bald auf die neuen Verhältnisse und ihre Chancen einzulassen. In besonders wirkungsreicher Weise hat sie der junge Generalsuperintendent der Kurmark, Otto Dibelius, formuliert. In seinem 1926 zum ersten Mal

und 1928 bereits in sechster Auflage gedruckten Buch mit dem Titel *Das Jahrhundert der Kirche* entwarf er ein pragmatisches Zukunftsprogramm für das kirchliche Handeln. In dem neuen religionslosen Staat gebe es kaum mehr allgemeinverbindliche sittliche Normen. Umso mehr sei die Kirche als das Gewissen des Volkes zuständig für die Durchsetzung von christlichen Normen und Werten im Leben des Gemeinwesens.

Sosehr sich die Verantwortlichen in den Kirchen mit der Situation arrangierten, blieb doch ein Grundproblem, das sich in der Endphase der Republik als schwere Hypothek erweisen sollte. Insbesondere die evangelische Kirche hatte sich nicht nur mit dem Kaiserreich, sondern in hohem Maße auch mit seiner nationalistischen Kriegspolitik identifiziert. Entsprechend tief war sie von der umfassenden Niederlage und dem harten Versailler Vertrag vom 10. Januar 1920 betroffen. Neben den vernichtenden wirtschaftlichen Folgen wurde vor allem die in Art. 231 formulierte Alleinschulderklärung in evangelischen Milieus als Demütigung empfunden. Bei den politischen Kundgebungen der evangelischen Kirchentage in den Jahren der Weimarer Republik wurde regelmäßig der Versailler Vertrag angeklagt. Die Auffassung, dass die westlichen Siegermächte die im Kaiserreich von 1871 endlich gelungene Nationwerdung des deutschen Volkes zu zerstören suchten, setzte sich in Köpfen und Herzen fest. So konnte sich das nationalistische Denken mit seinen antiwestlichen und antidemokratischen Tendenzen relativ ungehindert ausbreiten.

In den Jahren nach 1929 wuchs angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krise der Republik die Zustimmung zu den nationalistischen Parolen mit ihren antidemokratischen Ressentiments, die das «Weimarer System» als Erfüllungsgehilfen der antideutschen Politik der Westmächte denunzierten. Ganz grundsätzlich stellte das völkische Denken unter dem Leitmotiv der Volksgemeinschaft den als materialistisch, gleichmacherisch und individualistisch geschmähten und von der Französischen Revolution bestimmten Gesellschaftsmodellen des Westens den deutschen Sonderweg entgegen. Die offizielle Haltung der Personen und Gremien an der Kirchenspitze, ange-

sichts der Auseinandersetzungen «über den Parteien» zu stehen, erwies sich im Hinblick auf die elementare Bedrohung der Republik von rechts wie von links als wenig hilfreich.

Zwischen völkischer Religiosität und Christentum

Die Anfänge der nationalsozialistischen Bewegung lassen sich in die Milieus einer kirchenfeindlichen, völkischen Religiosität zurückverfolgen. Im Jahre 1921 wurde der «Bund für Deutsche Kirche» gegründet. Sein Ziel war es, «die Kirche aus ihrer jüdischen Umklammerung zu befreien und ein deutschheimatlich durchtränktes Christentum zu schaffen.» (zit. in: Meier 1994, 181) Vorsitzender des Bundes war der Engländer und Wahldeutsche Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), der – seit 1908 mit Richard Wagners Tochter Eva, verheiratet – mit seinem Werk *Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts* einer der Väter der nationalsozialistischen Rassenpolitik war. Völlig mit dem christlichen Erbe gebrochen hatte der 1925 von General Erich Ludendorff gegründete «Tannenbergbund», der sich zum Sammelbecken völkisch-religiöser Gruppen entwickelte.

Führende Mitglieder der am 5. Januar 1919 gegründeten Deutschen Arbeiterpartei, die sich bereits 1920 in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei umbenannte, hingen unterschiedlichen Varianten dieser diffusen völkischen Religiosität an. Auch Hitler selbst bezog die religiösen Elemente seines frühen Denkens, wie er es 1924/25 in dem Werk *Mein Kampf* zu Papier brachte, aus diesem Milieu. Dazu gehörten die Vorstellung einer die Weltgeschichte durchwaltenden Vorsehung und ein mit einem kruden Sozialdarwinismus verbundener Erwählungsgedanke. Demzufolge war die arische Rasse zur Herrschaft über andere, als «minderwertig» bezeichnete Rassen bestimmt. Hinzu kam die Überzeugung, in der Bekämpfung des Judentums als Werkzeug der göttlichen Vorsehung zu handeln.

Hitler wusste jedoch, dass eine Partei, welche im Sinne der neuheidnischen völkischen Religiosität den Kampf mit den Kirchen aufnahm, keinerlei politische Erfolgschancen hatte. So